Nummer 169

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Mittwoch, 9. April 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Frohenau; Inseratenteil: H. Hanglewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöf. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 25 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Koch & Seeland
Herren- und Damen-Stoffe
Bekleidung
Gertraudenstr. 20/21.

## Rothelfer Frankreichs.

Der Reichsminister Dr. Jarres hat bei der Ankunft der Leiche Bruno Dreyers auf dem Anhalter Bahnhof bekanntlich eine Rede gehalten, in der er in würdiger, packender Weise die Leiden schilderte, denen Dreyer in den französischen Gefängnissen ausgesetzt war, bis er ihnen in qualvollem Tode erlag. Dr. Jarres hat die Gelegenheit benutzt, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die Schande Frankreichs zu lenken, das seinen Zorn über den wirtschaftlichen Mißerfolg des Ruhrfeldzuges an den wehrlosen deutschen Ruhrgefangenen in unmenschlicher Weise auslässt. Die französische Regierung war durch die Rede des Reichsinnenministers offenbar sehr peinlich berührt und an verwundbarster Stelle getroffen. Aus Mangel an Gegenbeweisen ließ sie ihrer Presse eine offiziöse Mitteilung zugehen, in der festgestellt wurde, daß im Februar d. J. Dreyers Eltern auf ihre Bitte hin die Erlaubnis zur Fahrt in das Lagarett von St. Martin de Ré erhielten und daß ihr Gnadengesuch mit der Aufhebung der Strafverbüßung Dreyers am 9. März beantwortet wurde. Wenige Tage später starb Dreyer. Der offiziösen französischen Mitteilung zufolge haben am 10. März der deutsche Botschafter in Paris und der Reichsaußenminister den zuständigen französischen Stellen den Dank der Reichsregierung für die Begnadigung Dreyers ausgesprochen. Wir nehmen an, daß an diesem Tage der deutschen Regierung noch nicht bekannt war, daß Dreyer ein Opfer der menschenunwürdigen Behandlung geworden ist, der er in den französischen Gefängnissen ausgesetzt gewesen ist. Und auch so läßt sich noch sehr darüber streiten, ob der Dank der Eltern für die Begnadigung nicht genug Anerkennung für diesen sogenannten Gnadenakt gewesen wäre, der erfolgt ist, als das Opfer schon an den Rand des Grabes getrieben war. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Rede des Reichsinnenministers, die auf den inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen über die Leiden Dreyers beruhte, in jedem Punkte berechtigt war und daß sie in der Zurückhaltung ihrer Diktion wohl nur durch die Unwesenheit der tiefgebeugten Verwandten und durch die Nähe des Sarges mit den sterblichen Resten Dreyers beeinflußt wurde. Wir glauben und hoffen, daß an anderer, politischerer Stelle die Anklage gegen das kulturschändende Frankreich viel flammender geworden wäre. Angesichts dieser Schlage ist es eine geradezu unglaubliche Tatsache, daß es der „Vorwärts" fertigbringt, der Reichsregierung und Herrn Dr. Jarres zu sagen, ihr Verhalten beim Empfang der Leiche Dreyers, d. h. der Hinweis des Ministers auf die Leiden Dreyers in den französischen Gefängnissen seien „einfach unqualifizierbar". Dem Redner wird der Vorwurf gemacht, er habe, statt den Franzosen für die Begnadigung Dreyers kurz vor seinem Tode noch dankbar zu sein, am Anhalter Bahnhof nur gesprochen, um den nationalen Verbänden zu imponieren und die nationalistischen Leidenschaften aufzupeitschen. Der „Vorwärts", dessen undeutsche und internationale Einstellung wohl noch nie so kraß in die Erscheinung getreten ist wie in diesem Falle, geht, nur um sich bei den Franzosen Liebkind zu machen, kaltlächelnd an der Tatsache vorüber, daß am 9. März, dem Tage des „Gnadenaktes" der französischen Regierung, jener junge, blühende Mann im Laufe von 5 Monaten durch die Franzosen schon so gut wie zu Tode gequält war. Dem „Vorwärts" wäre es lieber gewesen, wenn der Vertreter der deutschen Regierung an der Leiche des zu Tode Gequälten noch einmal der französischen Regierung den Dank dafür ausgesprochen hätte, daß die Eltern Dreyers von Herrn Poincaré die großmütige Erlaubnis bekommen haben, ihrem durch die ausgestandenen Leiden fast bis zur Unkenntlichkeit entstellten Sohne die Augen zuzudrücken. Der „Vorwärts" bringt es fertig, das furchtbare Schicksal Dreyers mit dem Satze zu kommentieren: „Daß andererseits jede Besatzungsmacht infolge der törichten Sabotageakte ein solches Vergeltungsrecht für sich in Anspruch nehmen würde, ist nicht zweifelhaft." Es gibt überhaupt keine Worte, mit denen man diese schmachvolle Stellungnahme des führenden Organs der deutschen Sozialdemokratie niedrigen hängen könnte.

Zum Schluß sei nur festgestellt, daß die „Vossische Zeitung" die Stellungnahme des „Vorwärts" nach unterstreicht und die Frage stellt, was das Reichskabinett gegen dieses „Verhalten seiner Mitglieder" zu tun gedenkt.

Dr. J.

## Der neue württembergische Staatspräsident.

TU Stuttgart, 8. April.

An der Wahl des Staatspräsidenten beteiligten sich 89 Abgeordnete. Abgegeben wurden 89 weiße Stimmzettel. Von den gültigen 50 Stimmen entfielen auf den Staatsrat Rau 48 Stimmen, auf die Abgeordneten Hornung und Schnaebele je eine Stimme. Staatsrat Rau erklärte sich in einer längeren Rede bereit, die Wahl anzunehmen, da er sich bewußt sei, daß es sich im jetzigen Augenblick nur um eine Zwischenlösung handele.

## Die voraussichtliche Zusammensetzung des bayerischen Landtages.

TU München, 8. April.

Heute abend wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

Die bisher bekanntgegebenen Zahlen über die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern ergeben noch kein genaues Bild der zukünftigen Zusammensetzung des bayerischen Landtages. Zunächst haben jetzt die Kreiswahlleiter die Ergebnisse zu prüfen und mit den Kreiswahlausschüssen die Ergebnisse in den Wahlkreisen, die den Regierungsbezirken entsprechen, festzustellen. Eine Berechnung auf Grund der vorliegenden Ergebnisse ergibt auf dieser Grundlage des Verfahrens bei den Kreiswahlausschüssen folgendes Bild:

Bayerische Volkspartei 35,
Völkischer Block 17,
Sozialdemokraten 14,
Bayerischer Bauernbund 6,
Vereinigte Nationale Rechte 4,
Kommunisten 3,
zusammen 79 Sitze.

Alle übrigen Parteien kommen bei dieser Zusammenzählung noch nicht zu einem Sitz. Hiernach bleiben von dem im rechtsrheinischen Bayern, abgesehen von den Landesabgeordneten, durch Wahl zu besetzenden 100 Sitzen noch 21 Restsitze. Diese werden mit den 15 Sitzen der Landtagsabgeordneten erst bei der Auszählung des Ergebnisses beim Landeswahlausschuß vergeben. Eine vorläufige Berechnung hierüber läßt sich jetzt noch nicht anstellen. Zunächst ist nämlich die Frage noch in der Schwebe, in welcher Weise die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Pfalz am 4. Mai in das Ergebnis auf dem rechtsrheinischen Bayern eingegliedert werden sollen. Hierüber wird voraussichtlich am Donnerstag, den 10. April, der ständige Ausschuß des Landtages sich schlüssig machen. Ferner sind in dieser Hinsicht noch einige Zweifel über die Zusammenrechnung der Kreiswahlvorschläge (für diesen Zweck Besetzung der Reistite und der Landesabgeordnetensitze) vom Landeswahlausschuß zu lösen. Vor dessen Zusammentritt ist daher ein vollständiger Abschluß der Berechnung nicht angängig, insbesondere können auch über die Person der Gewählten zurzeit noch keine zuverlässigen Angaben gemacht werden.

### Französischer Optimismus.

EP Paris, 8. April.

Die Mehrheitsblätter der bayerischen Wahlen haben die französische Presse in dem Sinne überrascht, als man auf einen überwältigenden Sieg der Deutschvölkischen und auf eine vollständige Niederlage der Sozialdemokratie gefaßt war. Allgemein äußert die Presse die Ueberzeugung, daß die Reichstagswahlen ein ähnliches Ergebnis haben werden, was dem „Temps" zu einer optimistischen Besprechung der deutsch-französischen Beziehungen Anlaß gibt. Das Blatt schreibt: Wenn man aus den bayerischen Wahlen einen Rückschluß auf die allgemeinen politischen Verhältnisse in Deutschland ziehen will, so kommt man zu dem Schluß, daß die Sozialdemokraten nicht zu verzweifeln brauchen. Die Reichstagswahlen könnten ihnen noch größere Vorteile einbringen. Ferner beweisen die Wahlen, daß der Separatismus in Deutschland nicht in der Mode ist. Die französische Regierung könnte aus den Wahlen folgende Lehren ziehen: Man soll nicht auf den deutschen Separatismus spekulieren. Man muß den Drang nach rechts in Deutschland nicht als ein unvermeidliches Ereignis (?) ansehen. Die Herstellung des modus vivendi zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht unmöglich, sie ist sogar die einzige vernünftige Lösung für die Zukunft. Man braucht noch nicht an einer friedlichen Regelung der deutsch-französischen Beziehungen zu verzweifeln.

## Industrielle und Industriemänner in den Parlamenten.

Von

Dr. Fr. A. Pinkerneil, preußischer Abgeordneter.

Der Wahlkampf wird Anlaß und Gelegenheit zur millionenfachen Wiederholung der Binsenwahrheit geben, daß die „kapitalistischen" Parteien, als welche man die Deutsche Volkspartei, die deutschnationale und die demokratische Partei etikettiert, in ihrer Führung abhängig seien von der Großwirtschaft und ihren Vertretern. Bei der Stellungnahme zu dieser Behauptung ist als Vorfrage zu klären: ob man anerkennt, daß der maßgebende Einfluß in der Partei bei den Fraktionen liegt. Als Tatsache ist festzustellen, daß die Entwicklung des Systems einer jeder der genannten Parteien, die zur Demokratisierung gewesen ist; umgemein interessante Einzelbeobachtungen ergeben den beduftsamen Satz: durch die jetzt durchgeführte Demokratisierung des Parteiapparates, der als wichtigsten Teil die Wahlkreisdelegiertenversammlung aufnimmt, ist „die Fraktion" zu einem Spiegelbild der in der Partei und für die Partei richtungsgebenden Kräfte geworden.

Die Zahl der Abgeordneten einer bestimmten Berufsgruppe ist für deren Machtposition in der Fraktion nicht allein und unbedingt maßgebend. Was man mit „Einfluß" bezeichnet, ist Erfolg der Persönlichkeit mehr als Druck der Gesellschaft. Für die Entscheidung zu wirtschaftlichen wie in kulturellen Fragen in der Fraktion, für die Zusammensetzung ihrer Organe und der Ausschüsse aber ist die Bedeutung der Zahl nicht genug zu schätzen. Es gibt Unbeobachtbarkeiten, die man nicht auszuführen braucht.

Es erscheint nicht nur reizvoll, sondern es ist wichtig, die Zusammensetzung der Fraktionen der bürgerlichen Parteien nach den Gesichtspunkten: Beruf und wirtschaftliche Interessen zu untersuchen. Der Versuch sei unternommen, an Hand dieser Erhebungen an den volksparteilichen, deutschnationalen und demokratischen Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Landtags zu Schlußfolgerungen zu kommen.

Der Deutschen Volkspartei wird der Vorwurf kapitalistischer Einstellung vor allen anderen gemacht. Von den 66 Mitgliedern der letzten volksparteilichen Reichstagsfraktion kann man als „zur Großindustrie gehörend" nur 5 bezeichnen, ein Unternehmer und 4 führende Angestellte bezw. Interessenvertreter. Die Mittelstandsindustrie ist mit 3 Unternehmern und 4 Angestellten bezw. Interessenvertretern, die Firmen mit einem Vertreter zu buchen. Sodaß 13 von 66 Abgeordneten = 20 Prozent als Wirtschaftler, von diesen nur 5 = 8,2 Prozent als zur Großwirtschaft gehörend zu buchen sind. In der volksparteilichen Preußenfraktion ergeben die Zählungen: 5 von 58 Abgeordneten, die in der Großindustrie, 2 die in der Mittelindustrie ihren Beruf ausüben. Hier wirken also etwa 12 Prozent Wirtschaftler. Den Wirtschaftlern gegenüber stehen in der Reichstagsfraktion 22 Beamte und Lehrer = 30 Prozent der Fraktion, 3 Mittelständler, in der Landtagsfraktion 29 Beamte und Lehrer (18 + 11) = 50 Prozent der Fraktion und 8 Mittelständler. In der „Industriellen" Deutschen Volkspartei sind 11 Landwirte in den Reichstag, 4 in den Landtag entsandt worden. Die Betrachtung ergibt, daß die Gruppe der Industrievertreter in der Deutschen Volkspartei, wenn man die etwas unbestimmte der „freien Berufe" außer Betracht läßt, in der Reichsvertretung hinter der der Beamten, die der Vertreter der Großindustrie hinter der der Beamten und der Landwirtschaft ziemlich weit nach der Stadt zurückbleibt, daß Vertretung der Landwirtschaft einerseits, der Industrie und Finanz andererseits sich die Wage halten. In der Preußenfraktion stehen die Wirtschaftler an dritter Stelle viel hinter den Beamten und hinter den Mittelständlern. Diese Zahlen sprechen ein deutliches Wort zu der Charakterisierung der Partei.

Die Industrievertretung bei den Deutschnationalen steht in annähernd gleicher Weise hinter der durch den Beruf der Abgeordneten gegebenen Vertretung anderer wirtschaftlicher Interessen zurück. In der deutschnationalen Reichstagsfraktion zählt man 3 Abgeordnete, die sich zur Großindustrie, 3 die sich zur Mittelindustrie rechnen, einen den man als zur Finanz gehörig bezeichnen kann. Diesen 7 von 67 Abgeordneten stehen 22 Landwirte, 5 Mittelständler und 20 Beamte und Lehrer gegenüber. Die Preußenfraktion weist 3 an der Großindustrie, 2 an der Mittelindustrie Interessierte, 31 Beamte und Lehrer, 15 Landwirte und 7 Mittelständler auf. Gemessen an den Wirtschaftsgruppen ist der agrarische und Beamtenein flußt der maßgebende.

Bei der demokratischen Reichstagsfraktion, die 39 Mitglieder zählte, mußten sich 1 Großindustrieller und drei zur Mittelindustrie gehörende Abgeordnete und 4 andere, die vergleichbar in der Wirtschaft tätig waren, bei der Vertretung wirtschaftlicher Fragen mit 2 Mittelständlern und 17 Beamten und Lehrern auseinandersetzen. Die demokratische Preußenfraktion wies keinen Großindustrievertreter, nur 2 Herren aus der „mittleren Wirtschaft" auf, die neben 13 Beamten und Lehrern (= 50 Prozent der Fraktion) und 2 Landwirten werken.

Das Ergebnis dieser statistischen Betrachtung mit Bezug auf die gestellte Frage wäre das: die Zahl der „Wirtschaftler" in den 3 Parteien, denen man ein besonderes Interesse an industriewirtschaftlichen und Finanzfragen zumißt, ist überraschend gering. In beiden Fraktionen des

## Ergebnislose Verhandlungen mit der Micum.

Bt Essen, 8. April.

(Eigener Drahtbericht.)

**Die heute in Düsseldorf zwischen der Sechserkommission des Ruhrbergbaus und der Micum über die Verlängerung der am 15. April ablaufenden Micumverträge geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Am Freitag soll erneut verhandelt werden. In den heutigen Verhandlungen, die von 3 bis 6½ Uhr nachmittags dauerten, erklärte die Sechserkommission, daß die durch das Abkommen mit der Micum von dem Ruhrbergbau übernommenen Verpflichtungen nicht weiter getragen werden könnten. Der Ruhrbergbau verkenne aber nicht die große Bedeutung der Frage, daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst störungslos weiter geführt werde. Die Sechserkommission erklärte sich deshalb für die Zechen bereit, die Sachleistungen auch über den 15. April hinaus fortzusetzen, wenn die finanzielle Möglichkeit hierfür geschaffen wird.**

**Die deutschen Vertreter sind sofort nach Berlin abgereist, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen.**

### Eine neue Mehrforderung der Micum.

TU Essen, 8. April.

Bei den Verhandlungen im Reichskohlenrat über die Selbstkostenrechnung ist nach einer Mitteilung von seiten der Bergarbeiter-Organisationen eine neue Berechnung vorgelegt worden, welche auf einer Arbeitsleistung von 880 Kilogramm für die Schicht basierte, während die erste bereits veröffentlichte Berechnung der Sechser-Kommission des Zechenverbandes eine arbeitstägliche Durchschnittsleistung von 850 Kilogramm zugrunde legte. Die Arbeitsleistung hat demnach bis auf vier Kilogramm die Friedensleistung erreicht. Besonders wichtig war die Mitteilung der Unternehmer, daß seitens der Micum jetzt statt 15 Millionen Dollar 17,01 Millionen rückständige Kohlensteuern gefordert werden. Einem Antrag auf Erlaß dieser Mehrforderung ist bisher seitens der Micum nicht stattgegeben worden. Durch diese Mehrforderung erwächst dem Kohlenbergbau eine weitere Belastung von 35 Pfennig für die Tonne.

— **Eine neue politische Rede des Kanzlers.** Reichskanzler Dr. Marx wird am Freitag im großen Saal des Palmengartens in einer Zentrumsversammlung eine politische Rede halten.

## Heute Uebergabe der Sachverständigenberichte.

oca Paris, 8. April.

**Morgen vormittag 10 Uhr wird endgültig die Ueberreichung der Berichte an die Reparationskommission stattfinden. Barthou wird die Berichte entgegennehmen. Die beiden Vorsitzenden der Sachverständigenausschüsse, General Dawes und Mac Kenna werden die Berichte, die in englischer und französischer Sprache in der französischen Nationaldruckerei hergestellt wurden, überreichen und eine kurze Ansprache halten. Barthou wird von allen Delegierten der Reparationskommission begleitet sein und in einer Rede antworten. Die Reparationskommission wird alsdann unverzüglich die Prüfung der beiden Berichte und der Ratschläge der Sachverständigen vornehmen. Sie wird zunächst eine Entscheidung darüber fällen, ob Anlaß dazu vorhanden ist, Vertreter Deutschlands anzuhören. Sollte die Reparationskommission einen derartigen Beschluß fassen, so wird sie nach Anhörung der Deutschen ihre Beratungen fortsetzen und ihre Berichte an die alliierten Regierungen weiterleiten.**

**Der größte Teil der Sachverständigen wird Paris schon morgen verlassen. General Dawes wird vor seiner Abfahrt am 22. April nach den Vereinigten Staaten noch eine Reise nach Italien unternehmen.**

**Der Dawes-Ausschuß tagte heute vormittag noch bis 1 Uhr und trat wieder um 3 Uhr zusammen, um eine letzte Prüfung der Druckbogen vorzunehmen.**

EP Paris, 8. April.

Die heutige Mitteilung des „Matin" über den Inhalt des Sachverständigenberichtes wird im allgemeinen als richtig bezeichnet. Der „Intransigeant" kommentiert den Bericht, wie folgt: Der Bericht scheint vor allem ein Werk des guten Glaubens (!) zu sein. Die Reparationskommission wird nunmehr der deutschen Regierung erklären, daß sind unsere letzten Konzessionen. Die Alliierten sind entschlossen, nicht weiter zu gehen. Die wahren Absichten Deutschlands werden sich dann angesichts der interalliierten Solidarität von selbst ergeben.

### Frankreichs Rüstung zur See.

Paris, 8. April.

**Die Kammer hat mit 415 gegen 70 Stimmen den vom Senat angenommenen Gesetzentwurf bezüglich des Baues von 10 Schiffseinheiten angenommen; sie hat ferner den Gesetzentwurf über den Ausbau des Rheinhafens in Straßburg angenommen.**